

Die **Volkswagen Finance Private Limited (VWF)**, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der **Volkswagen Financial Services AG (VW FS AG)**, Braunschweig, hat Ende März 2011 eine Finanzdienstleistungslizenz von der indischen Zentralbank erhalten. Die operative Geschäftsaufnahme ist bereits erfolgt. Die Produktpalette umfasst Fahrzeugfinanzierungen und Kfz-Versicherungen für Privatkunden sowie Lagerwagenfinanzierung und Factoring für die Händler. Bisher wurden Finanzierungen nur im Rahmen von Kooperationen mit lokalen Banken angeboten.

Im Juni dieses Jahres eröffnet die schweizerische **Bank Sarasin AG** mit einer neuen Niederlassung in Köln ihren vierten Standort in Deutschland. Im Jahr 2008 – zeitgleich mit der Einrichtung des neuen Hauptsitzes in Frankfurt am Main – hatte die Bank die Vollbanklizenz erhalten. Zuletzt hatte die Bank Sarasin im Oktober 2009 eine Niederlassung in Nürnberg aufgebaut.

Die im Dezember 2010 angekündigte Veräußerung ihrer indischen Baufinanzierungs-Tochtergesellschaft **Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (DPHFL)** an die **Dewan Housing Finance Ltd.** hat die **Deutsche Postbank AG**, Bonn, Ende März dieses Jahres abgeschlossen. Der Kaufpreis wird auf 10,79 Milliarden indische Rupien beziffert, was umgerechnet rund 170 Millionen Euro entspricht.

Der US-amerikanische Discount-Broker **Charles Schwab Corp.** hat Ende März dieses Jahres ein Übernahmeangebot für den Wettbewerber **Options-Xpress Holdings Inc.** vorgelegt. Im Zuge der Transaktion sollen dessen Anteilseigner für eine ihrer Aktien jeweils 1,02 Anteilscheine von Charles Schwab erhalten. Auf Basis der letzten Schlusskurse vor Bekanntgabe entspricht dies einem Gesamtvolumen der Transaktion von rund einer Milliarde US-Dollar. Options-Xpress ist als Brokerage-Unternehmen im Bereich Optionen und Futures aktiv.

Seine Beteiligung an **Blue-Crest Capital Management** gibt der börsennotierte Hedgefondsbetreiber **Man Group** ab. Für 633 Millionen US-Dollar wird der Anteil von 25,5 Prozent an dem im Jahr 2000 gegründeten Vermögensverwalter von den Blue-Crest-Partnern übernommen. Aus dem Verkauf der im Jahr 2003 für damals

## 25. März 2011 bis 8. April 2011

105 Mill. britische Pfund beziehungsweise 133 Millionen US-Dollar erworbenen Anteile resultiere ein Gewinn vor Steuern von 250 Millionen US-Dollar. In den vergangenen acht Jahren hatte Blue-Crest das für institutionelle Kunden betreute Vermögen von 3,7 Milliarden auf rund 25 Milliarden US-Dollar ausgeweitet.

Ende März dieses Jahres hat der Vorstand des **Bundesverbands deutscher Banken (BdB)**, Berlin, ein Programm zur Neuausrichtung des Verbands beschlossen. Demnach soll unter anderem das politische Lobbying, das derzeit aus zwei verschiedenen Geschäftsbereichen gesteuert wird, im Aufgabenfeld Political Affairs gebündelt werden. Das Arbeitsfeld Volkswirtschaft/Internationale Beziehungen ist künftig kein eigener Geschäftsbereich mehr, die Aufgaben werden verteilt. Auch die Maßnahmen rund um Unternehmensfinanzierung einschließlich Corporate Finance und Investmentbanking sollen zusammengefasst werden. Themenentwicklung und -controlling erfolgen in Zukunft über einen Stab, der der Hauptgeschäftsführung zugeordnet ist. Im Zuge des Umbaus sinkt die Zahl der Geschäftsführer von neun auf sieben.

Für eine Summe von 18 Millionen US-Dollar hat die britische **Man Group** die US-amerikanische Hedgefondsfirma **Ore Hill** vollständig übernommen. Ursprünglich war Man im Jahr 2008 mit 50 Prozent der Anteile bei dem Unternehmen eingestiegen, der Kaufpreis hatte damals bei 235 Millionen US-Dollar gelegen. Ore Hill, dessen betreutes Vermögen sich in den letzten drei Jahren von rund drei Milliarden auf nunmehr zirka 800 Millionen US-Dollar reduziert hatte, soll nun in die ebenfalls zur Man Group gehörende **GLG Partners** eingegliedert werden.

Auf ein „umfassendes Paket“ an Maßnahmen zum Schutz der Währungsunion haben sich die **EU-Regierungschefs** Ende März dieses Jahres geeinigt. Als wesentliches Element sieht das Abkommen unter anderem vor, den aktuellen Euro-Schirm im Juni auf ein effektives Kreditvolumen

von 440 Milliarden Euro aufzustocken. Zudem sollen die Euro-Staaten im Jahr 2013 einen **dauerhaften Rettungsschirm** mit einer tatsächlichen Ausleihkapazität von 500 Milliarden Euro einrichten. Die 17 Euro-Staaten sowie Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Dänemark versprechen darüber hinaus, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch konkrete jährliche Selbstverpflichtungen zu stärken.

In den USA fordern genossenschaftliche Kreditinstitute von Wall-Street-Banken Schadenersatz für verlustreiche Portfolios im Volumen von 50 Milliarden US-Dollar, weil diese beim Verkauf von Krediten falsche Angaben gemacht haben sollen. Konkret richten sich die Vorwürfe der Aufsicht **National Credit Union Administration (NCUA)** an die Häuser **Goldman Sachs, Bank of America, Citigroup und J.P. Morgan**. Als Folge des Verkaufs toxischer Verbriefungen an sogenannte Corporate Credit Unions, musste die Organisation in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt fünf dieser Zentralinstitute der US-Genossenschaftsorganisation auffangen.

Im Streit um die Vermarktung von Zinsswaps muss die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, nach einem Urteil des **Bundesgerichtshofs** dem Hygieneartikel-Hersteller **Ille** Schadenersatz in Höhe von 540 000 Euro zahlen. Dem Richterspruch zufolge hatte die Bank bei der Anbahnung eines sogenannten Spread-Ladder-Swaps ihre Beratungspflicht schon deshalb verletzt, weil sie die Gesellschaft nicht über einen für sie negativen Marktwert des Swaps von 80 000 Euro aufgeklärt hatte.

Anfang April dieses Jahres haben sich die Hauptversammlung und der Verwaltungsrat der **Deka-Bank**, Frankfurt am Main, auf die Übernahme der bislang bei den Landesbanken befindlichen 50 Prozent der Anteile durch die Sparkassen verständigt, die damit Alleineigentümer des Fondsproduzenten werden. Vorher hatten auch die regionalen Organisationen dem Vorhaben zugestimmt, einzelne Gremienbeschlüsse standen bei Redaktionsschluss aber noch aus. Der Kaufpreis wird auf 2,3 Milliarden Euro beziffert, wovon die Sparkassen direkt 1,3 Milliarden Euro aufbringen wollen. Für rund eine Milliarde Euro soll die Deka-Bank zulasten ihres Eigenkapitals zudem eigene Anteile von den Landesbanken zurückkaufen.